

Zeitschrift: Bulletin / Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten = Association Suisse des Professeurs d'Université
Herausgeber: Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten
Band: 2 (1976)
Heft: 4

Rubrik: [Semesterberichte = Rapports semestriels]

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Universität Basel

La votation du 13 juin 1976 a approuvé avec une large majorité la convention sur l'Université conclue entre les deux demis-cantons. Cette convention doit être remplacée en 1981 par une participation financière à long terme de Bâle-Campagne, qui devra être accompagnée d'une aide accrue de la Confédération. Dans sa "Prospective 1976" ("Leitbild 1976"), pour le canton de Bâle-Ville, le gouvernement se déclare en faveur d'une université de dimensions raisonnables et modérées. En dépit d'une réduction des effectifs de 4%, le niveau scientifique doit être maintenu. Le rapport final sur la nouvelle loi universitaire a été renvoyé.

"Da die Universität Bezeugung der Freiheit durch Wahrheit ist, kann nur ein Staat, der selber Freiheit und daher Wahrheit will und auf sie sich gründet, auch die Universität wollen. Denn nur ein solcher Staat identifiziert sich grundsätzlich mit dem Geist der Wissenschaft und der Wahrheit, der Idee der Universität".

Karl Jaspers 1961

In den anfangs Juni erschienenen Universitätsnachrichten, der "Uni nova", hat der Rektor, H.U. Zollinger, den 13. Juni 1976 als einen Schicksalstag für die Hochschule bezeichnet. Das Schicksal, in diesem Falle die Bevölkerung des Kantons Basel-Landschaft, ist uns gnädig gewesen, hat sie doch in der entscheidenden Abstimmung den Vertrag zwischen den beiden Kantonen über einen befristeten Beitrag von Baselland an die Betriebskosten der Universität mit überraschend grossem Mehr in freundeidgenössisch-partnerschaftlichem Verständnis gutgeheissen.

Baselland wird somit 1976 an die Betriebskosten der Universität 10 Mio Franken, dann crescendo bis auf 20 Mio 1980, im ganzen 75 Mio leisten.

Der Stadt-Kanton seinerseits verpflichtet sich, Studienanwärter und Studierende mit Wohnsitz in der Landschaft gleich wie diejenigen aus der Stadt zu behandeln.

In die direkte Aufsichtsbehörde der Universität, die Kuratel, wählt die Basler Regierung ein Mitglied auf Vorschlag der Exekutive von Basel-Landschaft.

Baselland stellt wie bisher seine beiden Kantons-Spitäler - Liestal und Bruderholz - für die Ausbildung der Studenten klinischer Semester der medizinischen Fakultät zur Verfügung.

Es ist beabsichtigt, auf den 1.1.81 einen neuen Vertrag abzuschliessen, der neben einer verstärkten Mitbestimmung des Kantons Basel-Landschaft in der Leitung der Universität langfristig die finanzielle Beteiligung der Landschaft an den Betriebskosten der Universität Basel sichern soll. Die Partnerschaft von 1976 sollte 1981 zu einer eigentlichen Mitträgerschaft führen.

Angeichts der Finanzlage des kleinen, einer effektiven Region entbehrenden, nicht mehr finanzkräftigen Kantons war dieser Akt der Partnerschaft gerechtfertigt. Die Stadt wäre allein nicht mehr in der Lage, ihre Universität zu tragen. Schon die Betriebskosten beliefen sich 1974 auf rund 114 Mio Franken. Daraus ergibt sich wohl auch, dass neben der Mitträgerschaft von Baselland ein vermehrtes Engagement des Bundes für die Basler Universität unumgänglich sein dürfte.

Im Frühjahr dieses Jahres hat die Basler Regierung ein "Leitbild 1976 - die Einzelziele unseres Stadt-Kantons -" aufgestellt. Darin werden auch einlässlich Bedeutung und Situation der Universität, eines wesentlichen Teiles des städtischen Organismus, dargelegt. - Isaak Iselin konnte sie vor 200 Jahren noch "Seele der Stadt" nennen -. Hinsichtlich der Grösse der Hochschule bekennt sich die Regierung "vernünftigerweise auch in Zukunft zu einer verhältnismässig massvollen Dimension". Eine überschaubare Grösse in allen Fächern zu behalten, macht es möglich, dass persönliche Kontakte zwischen Lehrenden und Lernenden entstehen. Hauptsächlich geht es um das Heben der Qualität, zum mindesten das Halten auf heutigem Niveau. Das sollte auch angesichts einer nötig gewordenen Personalreduktion von 4% möglich sein. Weiterer Abbau wird sich dank dem Vertrag mit Basel-Landschaft vermeiden lassen, die Qualität dürfte verbessert werden können. An die Personalpolitik, also an die Stellenpläne der Universitäts-Institute, sind hohe Anforderungen zu stellen. Nur qualifizierte Wissenschaftler sind imstande, der internationalen Entwicklung zu folgen und deren Ergebnisse in geeigneter Weise an die Studenten weiter zu geben. Raumprobleme stehen zur Zeit für die Universität im Hintergrund.

Der Schlussbericht über ein neues Universitätsgesetz, seit 1973 in Kommissionsberatung bei unserer Legislative, ist wegen Neuwahl der Kommission zurückgestellt worden. Das ist kein Unglück angesichts all' dessen, was in der Universität und um sie im Flusse ist. Wir leben besser mit dem jetzigen Gesetz als mit einer übereilt konzipierten lex nova.

Friedrich Rintelen

Universität Bern

Le projet de la nouvelle loi universitaire, rédigé sur les bases du rapport présenté en 1969 par la commission extraordinaire d'experts, a été déposé en avril 1974. La procédure de consultations est maintenant achevée. Le projet prévoit d'importants changements dans les structures et l'organisation de l'Université. Il ne modifie pas, cependant, les relations entre l'Université et l'Etat; il n'apporte que quelques compléments sur ce point. Comme le projet accorde au corps professoral la majorité sur les représentants du corps intermédiaire et des étudiants dans tous les organes, il est refusé par les partisans de la "démocratisation". On espère toutefois qu'il sera enfin soumis au parlement.

Entwurf zu einem neuen Universitätsgesetz

Werdegang: Das heute geltende bernische Gesetz über die Universität stammt aus dem Jahre 1954. Es ersetzte damals das Gesetz über das höhere Gymnasium und die Hochschule von 1834. Anders als sein Vorgänger wurde es schon nach relativ kurzer Zeit als revisionsbedürftig erachtet. Die bekannten stürmischen Entwicklungen der Sechzigerjahre forderten einen Ausbau der Organisation und der Verwaltung der Universität. Die nötigen Anpassungen suchte man in Bern zunächst einerseits durch Schaffung mehrerer Universitätskommissionen, andererseits durch Ausbau der Universitätsverwaltung zu erreichen. Beides war nur durch "extensive Interpretation" des Universitätsgesetzes möglich. Die Ueberzeugung, dass eine Totalrevision des Universitätsgesetzes nötig war, reifte bei den massgebenden Gremien in den Jahren 1966 bis 1968. Im Frühjahr 1969 beschloss der Regierungsrat die Bildung der NUGAPEK (Neues Universitätsgesetz, ausserparlamentarische Expertenkommission). Diese Kommission hatte den Auftrag, Richtlinien für die Revision des Universitätsgesetzes auszuarbeiten. Von den 45 Sitzen waren deren 10 für Professoren, 9 für weitere Universitätsangehörige, 2 für Vertreter der Erziehungsdirektion reserviert; die übrigen Mitglieder waren Vertreter der Politik und der Wirtschaft. In der NUGAPEK wurden sehr unterschiedliche Meinungen über die ideale Struktur einer modernen Universität geäussert; aber nach 3 Jahren (1972) wurde doch ein Schlussbericht vorgelegt, den die Mehrheit der NUGAPEK-Mitglieder gutgeheissen hatte. Nach einem verwaltungsinternen Vernehmlassungsverfahren beauftragte der Regierungsrat einen einzelnen Sachverständigen (Fürsprecher Dr. A. Suter) mit der Ausarbeitung eines Entwurfs für ein neues Universitätsgesetz, wobei der Schlussbericht der NUGAPEK als Leitlinie zu dienen hatte. Dieser Entwurf lag ein weiteres Jahr später (April 1974) vor. Nach einigen Aenderungen, die durch ein weiteres

verwaltungsintern durchgeführtes Mitberichtsverfahren angebracht worden waren, kam dieser Gesetzesentwurf in ein umfassendes verwaltungsexternes Vernehmlassungsverfahren. Dieses ist nun abgeschlossen. Erwartungsgemäss wünschten einige Vernehmlasser bloss Retouchen anzubringen, während andere (beispielsweise die offizielle Studentenschaft) den Entwurf heftig kritisierten und als unannehmbar bezeichneten.

Inhalt: Struktur und Organisation der Universität sollen nach einheitlichen Prinzipien erfolgen. An der Basis wird nicht mehr von "Lehrstuhl" und "Lehrstuhlinhaber" die Rede sein, sondern die "wissenschaftliche Einrichtung" (Institut, Seminar, Klinik) wird die Grundeinheit bilden. Organe der wissenschaftlichen Einrichtung sind der vom Regierungsrat gewählte Instituts- (Seminar-, Klinik-) Vorstand sowie die Instituts- bzw. Seminar- oder Klinikversammlung, die sich aus sämtlichen an dieser wissenschaftlichen Einrichtung tätigen Professoren sowie Vertretern des akademischen Mittelbaus und der Studierenden zusammensetzt. Die wissenschaftlichen Einrichtungen sollen nach wie vor Fakultäten zugehören, mit einem Dekan oder eventuell einem dreiköpfigen Dekanatskollegium als Fakultätsvorstand, in grösseren Fakultäten mit einem Fakultätsrat und in allen Fällen mit einer Fakultätsversammlung. Grosse Fakultäten können in Abteilungen aufgeteilt werden, wobei eine Abteilung verwandte oder komplementäre wissenschaftliche Einrichtungen umfassen würde.

Die Position der Leitung der Gesamtuniversität soll verstärkt werden. Das Schwergewicht der universitären Selbstverwaltung soll nicht mehr beim Senatskollegium, sondern beim Rektorat liegen. Die Fakultäten werden nicht mehr unter Umgehung des Rektorates direkt mit den Staatsbehörden verkehren. Der Senat, dem bisher sämtliche Professoren und lehrbeauftragte Privatdozenten angehören, soll nur noch aus Vertretern der Professoren und ebensolchen des Mittelbaus und der Studentenschaft bestehen. Neu ist ein Universitätsrat vorgesehen, bestehend aus dem Rektorat, den Dekanen sowie drei Vertretern des Mittelbaus und der Studentenschaft.

Das Rektorat soll bestehen aus einem auf ein Jahr gewählten und hauptamtlich tätigen Rektor, drei Konrektoren und dem Verwaltungsdirektor.

Das Verhältnis Staat/Universität soll im grossen und ganzen verbleiben wie bisher, wobei allerdings Ergänzungen wie beispielsweise die Verpflichtung zur Erstellung kurz-, mittel- und langfristiger Entwicklungspläne der Universität (Struktur-, Bau-, Finanzpläne) als nötig erachtet werden.

Irgendein Gremium, das zwischen Regierung und Universität als Verbindungsglied funktionieren würde (Universitätskommission, Universitätsrat oder dergleichen) ist nach wie vor nicht vorgesehen.

Entgegen den Vorschlägen der NUGAPEK sollen in sämtlichen Universitätsorganen die Professoren die Mehrheit gegenüber den Vertretern des Mittelbaus und der Studierenden besitzen. Vertreter des technischen und administrativen Personals sind nirgends vorgesehen.

Selbstverständlich gehen gerade die zuletzt genannten Bestimmungen denjenigen Vernehmlassern zu wenig weit, denen der Ausdruck "Demokratisierung" zu einem beliebten Schlagwort geworden ist. Sie weisen den ganzen Entwurf als unannehmbar zurück und möchten neu beginnen. Aber andere Kreise, die nicht weniger um das Wohlergehen der Universität besorgt sind, hoffen, der vorliegende Entwurf möge endlich in die Beratung der Legislative (Grosser Rat) gehen, nachdem die Exekutive (Regierungsrat, Erziehungsdirektion) bei der mehrere Jahre dauernden Entstehung des Gesetzesentwurfs in allen Stadien massgeblich mitgewirkt hat.

Willy Mosimann

Université de Fribourg

Neue Dekane. Todesfälle. Professorenwahlen. Die Finanzlage des Kantons nötigt die Universität zu wesentlichen Einsparungen. Stellungnahme zum Entwurf des neuen Hochschulförderungsgesetzes. Studentenstreik am Journalistischen Institut und unannehmbare Polemik in der Studentenzeitung "Spectrum" im Zusammenhang mit der Nichterneuerung einer Assistentenstelle. Im akademischen Jahr 1975/76 wurden 112 Doktor- und 309 Lizentiatsexamina abgenommen. Im Mai und Juni organisierte das Rektorat einen interfakultären Vortragszyklus über das Thema "Die Gerechtigkeit".

Comme de coutume, durant le semestre d'été, les facultés de l'Université de Fribourg ont choisi leur nouveau doyen pour la prochaine année académique. Ce sont le R.P. Jean-Hervé Nicolas, Professeur ordinaire de théologie dogmatique, pour la Faculté de Théologie; M. Bernhard Schnyder, Professeur ordinaire de droit privé, pour la Faculté de Droit et des Sciences économiques et sociales; M. Hans Zeller, Professeur ordinaire de littérature allemande moderne, pour la Faculté des Lettres et M. Christian Caron, Professeur ordinaire de géologie pour la Faculté des Sciences. M. Ernst-Bernhard Blümle a en outre été appelé à la présidence de la Section des sciences économiques et sociales. Malheureusement, le semestre a été marqué aussi par plusieurs décès d'anciens professeurs: Son Excellence Mgr. François Charrière, ancien évêque de Lausanne, Genève et Fribourg et ancien professeur à la Faculté de Théologie;

M. Louis Chardonnens, ancien Recteur et ancien Doyen de la Faculté des Sciences; le R.P. Ludwig Räber, ancien Professeur ordinaire de pédagogie générale et ancien Doyen de la Faculté des Lettres. Deux nominations sont intervenues au niveau des professeurs permanents à plein temps: celle du R.P. Christoph von Schoenborn, OP, comme Professeur extraordinaire de dogme à la Faculté de Théologie, et celle de M. l'abbé Otto Wermelinger, au titre de Professeur extraordinaire de patrologie à la même Faculté. Du côté des collaborateurs scientifiques, on a suivi avec attention l'élaboration d'un règlement d'application de la Loi sur le statut du personnel de l'Etat, qui semble devoir placer sur des bases nouvelles la situation des cadres intermédiaires.

Les autorités universitaires ont été sérieusement préoccupées par les problèmes financiers. D'une part, la préparation du budget pour 1977 a demandé un gros effort. Le Sénat a pu accepter ce document lors de sa séance du 1er juillet. Cependant, les difficultés très sérieuses des finances cantonales demandent que des compressions importantes interviennent. Par ailleurs, l'Université de Fribourg a suivi de près le problème de la nouvelle loi fédérale sur l'aide aux universités, qui doit donner des fondements nouveaux au subventionnement des Hautes Ecoles. Le nouvel avant-projet que le Département fédéral de l'intérieur a fait connaître le 22 juin a fait l'objet d'une étude approfondie et d'une prise de position du Rectorat.

Deux incidents ont été répercutés un peu bruyamment à l'extérieur de l'Université. En mai, à la suite du non-renouvellement du mandat d'un assistant-docteur, les étudiants de l'Institut de Journalisme se sont mis en grève. Par ailleurs, Spectrum, le journal des étudiants, a publié, dans son numéro 6, de juin, plusieurs articles d'un caractère grossier et inadmissible. Il en résulta des réactions, qui, pour certaines, ont porté sur la remise en question de l'affiliation obligatoire des étudiants à l'AGEF (Association générale des étudiants de l'Université de Fribourg). Pourtant, ces événements ne sont pas représentatifs de l'esprit et de l'effort considérable d'étude et de recherche que l'Université de Fribourg a connu durant le semestre d'été. Pour l'ensemble de l'année académique 1975/1976, les facultés ont attribué 112 doctorats, ainsi que 309 licences et diplômes équivalents, sans compter divers certificats qui n'entrent pas dans cette statistique sommaire.

Pendant les mois de mai et de juin, le Rectorat a organisé un cycle de conférences inter-facultaires, bilingues et publiques, sur le problème essentiel et actuel de "La justice". Il a voulu ainsi, dans le cadre de la responsabilité de l'Université au sein de la société contemporaine, promouvoir une réflexion sur un thème fondamental. Plusieurs professeurs ont apporté leur concours à cette entreprise, qui

fera en outre l'objet d'une publication en automne et qui, avec des réajustements tenant compte de l'expérience acquise, sera renouvelée ces prochaines années.

Gaston Gaudard

Université de Genève

Die Zukunft der Angehörigen des akademischen Mittelbaus steht seit Monaten im Mittelpunkt der Diskussionen an der Universität. Architektenschule: die Expertenkommission befürwortet das Fortbestehen der Schule und schlägt gewisse Reformen vor; ihre Vorschläge werden jedoch vom Rat der Schule abgelehnt. Die Genfer Vereinigung der Hochschullehrer hat im Mai ein Kolloquium über die Energie veranstaltet. Eröffnung des Clubs der Universität, der als Treffpunkt für die Professoren und Assistenten der verschiedenen Fakultäten dienen soll. Veröffentlichung des Katalogs der Forschungsprogramme an der Universität.

L'avenir des collaborateurs de l'enseignement et de la recherche est depuis de longs mois au centre des préoccupations de l'Université (cf. Bulletin no.3). L'application stricte du règlement de 1971 entraînerait le licenciement immédiat ou prochain des assistants, maîtres assistants et chargés de travaux, ce qui soulève des problèmes personnels souvent délicats et remet en question de nombreux programmes de recherche. Le Département de l'Instruction publique et le rectorat ont donc étudié des mesures transitoires qui permettent d'éviter de créer des situations personnelles insupportables d'une part, et de risquer de désorganiser certains secteurs de l'Université d'autre part. Le statut des professeurs assistants fait également difficulté. Il apparaît que ce poste ne s'adapte pas sans autre aux conditions qui règnent dans notre pays et n'a pas toujours été utilisé avec discernement. Le Conseil de l'Université souhaite qu'à l'avenir il soit fait de ce poste une utilisation plus mesurée.

Ecole d'architecture. Des groupes d'experts chargés d'évaluer l'enseignement dans les différents secteurs de l'Ecole d'architecture se sont prononcés pour le maintien de cette école et ont proposé un certain nombre de réformes. Cette proposition a reçu l'approbation du Rectorat, soucieux de maintenir au sein de l'Université un ensemble structuré d'enseignements et de recherches relatifs à l'architecture, l'urbanisme et à l'aménagement. Malheureusement le Conseil consultatif de l'Ecole, où sont représentés professeurs, assistants et étudiants, a rejeté le plan de réformes proposé, ce qui a amené le rectorat à ne pas immatriculer de nouveaux étudiants à cette école pour 1976/77.

Ecole de pharmacie. La Conférence universitaire suisse a estimé que, dans la perspective nationale, la création à Lausanne d'une seule école romande de pharmacie était réaliste et opportune. Les deux cantons et les deux universités ont avancé dans cette étude et ont déclaré souhaitable la fermeture de l'Ecole de pharmacie de Genève. Cette décision a été contestée par la Société de pharmacie du canton de Genève et par l'Association genevoise des étudiants en pharmacie.

Le rectorat et le Conseil de l'Université ont fixé les modalités d'admission des étudiants sans maturité. L'expérience a dû être renvoyée au printemps 1977 du fait que ces modalités n'ont été approuvées par les facultés concernées que vers le fin de l'année académique 1975/76. Le rectorat et le Conseil de l'Université ont voulu éviter toute précipitation ou improvisation de nature à compromettre l'expérience.

L'Association des Professeurs de l'Université de Genève (APUG) a organisé du 20 au 22 mai un colloque sur l'énergie auquel ont participé plusieurs physiciens, économistes, juristes et autres spécialistes. Une cinquantaine de professeurs de notre université et des experts d'organisations internationales, de hautes écoles et d'instituts de recherche ont contribué à la préparation de ce colloque dans différents groupes de travail. Les membres de l'APUG ont décidé de donner une suite à ce colloque, qui se poursuit actuellement sous la forme de groupes de travail attelés à diverses questions spécifiques, avec le souci de pouvoir tirer, à terme, quelques conclusions pratiques susceptibles d'inspirer les autorités et de sensibiliser le public.

Le 3 mai a été inauguré le Club universitaire. Ce Club, qui est ouvert aux membres du corps professoral et aux collaborateurs de l'enseignement et de la recherche, doit favoriser les contacts et les échanges entre les enseignants des différentes facultés, échanges que la fragmentation croissante de l'organisation de l'université rend de plus en plus difficiles.

Le rectorat a pris l'initiative d'inviter régulièrement les représentants de la presse locale à des déjeuners-débats pour traiter des problèmes actuels de l'Université. Le premier de ces déjeuners a eu lieu le 29 juin au Club universitaire et les journalistes ont apprécié cette sorte de contact moins formel qu'une conférence de presse. Il a été question notamment du "numerus clausus" ainsi que du problème des débouchés pour les diplômés universitaires.

S'inspirant du "Rapport sur la recherche à Genève", paru en 1971, l'Université a publié son premier Catalogue des programmes de recherche. Ce document de 350 pages regroupe par département, section et par faculté ou école les quelque

1.200 programmes de recherche en cours. Ce document est donc un témoin éloquent de l'activité de recherche au sein de notre Université.

Adalberto Giovannini

Ecole polytechnique fédérale de Lausanne

Eine neugeschaffene Kommission, bestehend aus 14 Mitgliedern, widmet sich den Fragen des Hochschulunterrichts. Die "Commission de prospective", die vor fünf Jahren ins Leben gerufen worden ist, befasst sich mit einer Studie über die Entwicklung der Forschungsaufgaben und über ein Berufsforscherstatut für Hochschulen. Der Entwurf eines Assistentenreglements hat fast einhellige Ablehnung gefunden, doch stösst die Schaffung eines solchen Reglements auf mancherlei Schwierigkeiten. Die Bauarbeiten der EPFL in Ecublens schreiten voran. Die vorgesehene Studienkontrolle gleicht in vielem der der Mediziner; das Projekt ist so konzipiert, dass die Departemente Einzelheiten der Ausführung festlegen können. Mutationen im Lehrkörper.

Il y a déjà plusieurs années qu'existent aux seins des différents départements de l'EPFL des commissions d'enseignement, mais l'idée d'une Commission d'enseignement d'Ecole a seulement fait son chemin récemment: sa création a été décidée à la fin du semestre d'hiver. Ses membres, au nombre de 14, sont nommés par le Président de l'Ecole sur propositions du Conseil général; ils sont nommés pour deux ans et rééligibles. Il s'agit de 5 professeurs, dont le président de la Commission, de 4 assistants et de 4 étudiants. Le rôle de cette Commission est de s'occuper de questions d'enseignement traitées autrefois par des commissions spéciales telles que les moyens audio-visuels, les sciences humaines et par ailleurs de questions de politique de l'enseignement à l'Ecole: niveau et exigence, liaison enseignement et recherche, diversification, finalité des études dans l'optique des aspirations de l'individu, des besoins de la société et des débouchés, contrôle des études etc. Encore une responsabilité qui échappe au Conseil des Maîtres: ce dernier, vidé de sa substance, est de plus en plus délaissé et certaines séances ne réunissent guère que le 20% des professeurs.

La Commission de prospective a fêté ses cinq ans d'existence. Elle est composée de 9 membres de l'Ecole (le Président, le directeur administratif, le responsable de la prospective, 2 professeurs, 2 membres du corps intermédiaire et 2 étudiants) et de 13 membres extérieurs représentant différents milieux (les Universités de Lausanne et de Genève,

l'Union syndicale, les autorités cantonales, l'industrie et l'EPFZ). Avant sa nomination au Conseil fédéral Monsieur G.A. Chevallaz en avait fait partie. La mission de cette Commission est de contribuer à adapter les activités de l'Ecole aux besoins de la société de demain et d'émettre des avis sur les objectifs de l'Ecole à moyen et long terme, sa dernière mission est l'étude de l'évolution des tâches de recherche et de l'intérêt pour les Hautes Ecoles de créer un statut professionnel de chercheur.

Cette dernière étude arrive au moment où un projet de règlement concernant les assistants aux EPF a été soumis à la Consultation et a rencontré une désapprobation quasi générale. Comme le professeur Mooser, Président de la Conférence des Chefs de département, nous pensons qu'il aurait été très utile d'associer assistants et professeurs à la mise au point du projet, voire même à son élaboration. Il sera très difficile de trouver un règlement qui satisfasse tout le monde: comment en effet concilier la souplesse nécessaire à la recherche et à l'enseignement avec la rigidité d'un règlement devant entrer dans le cadre de la politique du personnel de la Confédération? Comment faire comprendre à un fonctionnaire, qui travaille dans un bureau, que la participation d'un assistant à l'enseignement n'est pas seulement fonction du nombre d'étudiants dont il doit s'occuper, mais qu'il est fort différent selon qu'il s'agit de corriger des exercices écrits, de diriger un séminaire ou de préparer des étudiants aux travaux pratiques; comment lui faire comprendre qu'on peut planifier une recherche mais qu'on ne trouve pas nécessairement le résultat au moment prévu

L'avancement des travaux de l'EPFL à Ecublens est normal. Un message demandera en 1977 le solde du crédit nécessaire à la réalisation de la première étape.

Le projet du nouveau contrôle des études se rapproche beaucoup de celui de la médecine: chaque année un examen propédeutique, dont la réussite conditionne l'admission au semestre suivant. Les notes d'examens pourraient être combinées avec des notes données pendant les semestres, surtout en ce qui concerne les travaux pratiques. Ainsi seraient supprimées les répétitions semestrielles, en usage à Lausanne depuis la fondation de l'Ecole, sauf erreur; il en résultera un allègement des tâches de ceux des professeurs qui avaient des cours répartis sur deux ou plusieurs semestres. Le projet n'est pas encore adopté: tel qu'il est prévu, il laisserait aux départements la possibilité de fixer les détails d'exécution.

L'Association générale des étudiants de l'EPFL s'est donné de nouveaux statuts. Comme par le passé, elle groupera tous les étudiants inscrits, forme une association au sens des articles 60 et suivants du Code civil suisse, et constitue une section de l'UNES.

Les mutations au sein du corps professoral sont les suivantes:

- Nomination de M. Jacques-Henri GABUS comme professeur ordinaire au Département de génie civil et de
M. Hans-Henning KAUSCH comme professeur extraordinaire de polymères au Département des matériaux.
- Promotion à l'ordinariat des professeurs J.P. Delisle et G. Spinnler et attribution du titre de professeur titulaire à M.F. Troyon, ingénieur au Centre de recherche des plasmas.
- Démission du professeur J.-Cl. Thoenig, sociologue qui part en France diriger un programme de recherche financé par le CNRS.
- Le professeur T. Gäumann a été nommé membre au Conseil de la recherche.

Erna Hamburger

Université de Lausanne

Bei der Verlegung einer guten Hälfte der Geisteswissenschaftlichen Fakultät nach Dorigny im Herbst 1977 werden sich Probleme hinsichtlich der Stundenpläne und der Einrichtung der Bibliothek ergeben. Die der Universität und der EPFL gemeinsamen Sportanlagen sind bereits in Betrieb. Die Arbeit am neuen Universitätsgesetz schreitet rasch voran, so dass das Vernehmlassungsverfahren bald eröffnet werden kann. Kongresse. Neuerungen an der Theologischen und an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät. Die Beanspruchung des Beratungsdienstes für Studierende hat um 80% zugenommen. Rege Tätigkeit der Vereinigung der Professoren der Universität Lausanne.

A défaut de grands événements académiques, on relèvera d'abord les préoccupations dominantes au cours de ces derniers mois: le transfert progressif de l'Université à Dorigny et l'élaboration d'une nouvelle loi sur l'Université.

A Dorigny, le bâtiment qui recevra une bonne moitié des enseignements dits de "sciences humaines" dès l'automne 1977 est en voie d'achèvement, de telle sorte que les travaux d'aménagement pourront être entrepris conformément aux prévisions. Y seront installés la Faculté de droit, l'Ecole des hautes études commerciales et, de la Faculté des lettres, l'Ecole de français moderne et les sections d'allemand, d'anglais et de géographie. Cette division de la Faculté des lettres - dont les étudiants suivent les enseignements de trois disciplines -, toute provisoire qu'elle est,

pose des problèmes d'horaire malaisés que la fréquence accrue des transports en commun et les services d'un ordinateur devraient résoudre au moins en partie. L'installation des sciences humaines à Dornoy pose aussi à tous le problème de l'aménagement des bibliothèques propres à ces enseignements, en attendant le transfert de la Bibliothèque cantonale et universitaire. Ces instruments de travail - Bibliothèques de la Faculté de droit, de l'Ecole des hautes études commerciales, de quelques séminaires importants de la Faculté des lettres - deviennent déjà, à l'occasion de cette mutation, partie de la Bibliothèque cantonale et universitaire. Chacun se rend compte que les problèmes de numérotation (déjà résolus) ou d'aménagement des salles ne sont pas les seuls qui se posent à toutes ces institutions en plein cours de leur travail.

A propos de Dornoy, on peut relever que le projet d'emprise sur le lac, dont il est actuellement question et qui aura été soumis au referendum lorsque ces lignes seront publiées, ne concerne pas les terrains de sport communs de l'Université et de l'EPFL qui, prévus de longue date, sont déjà aménagés et en service. Un autre transfert important vient d'avoir lieu, celui de l'Institut suisse de recherches expérimentales sur le cancer qui, encore fort à l'étroit il y a peu, occupe depuis cet été à Epalinges un bâtiment construit à son intention.

On sait que l'élaboration de la loi sur l'Université progresse rapidement; un groupe de travail en a repris la rédaction après plusieurs avant-projets et la procédure de consultation est en cours de préparation.

Au chapitre des congrès scientifiques, le colloque Gibbon a eu lieu du 9 au 12 juin, sous le patronage de la Faculté des lettres. Le thème en était: Gibbon et Rome à la lumière de l'historiographie moderne. Une douzaine d'importantes contributions, suivies de discussions, paraîtront dans la collection des Publications de la Faculté des lettres.

Un Congrès international de biologie et de physiologie végétale a réuni récemment de nombreux et éminents participants sur le thème de la croissance des plantes.

Dans l'ordre de l'enseignement, on mentionnera que la Faculté de théologie consacrera un nouvel enseignement à la "littérature intertestamentaire", soit à l'ensemble des textes hébreux, araméens, grecs datant d'environ 200 avant J.C. à 100 de notre ère et qui ne sont pas recueillis dans l'un des deux Testaments - domaine qui a fait ces dernières décennies l'objet de recherches et de découvertes connues. D'autre part, à la Faculté de droit, où l'enseignement du droit français est bien établi, un projet d'Institut de droit français permettra de répondre aux besoins de cette spécialité.

Quant aux sports universitaires, le chalet que l'Université et l'EPFL ont repris des mains d'une Association d'anciens sportifs universitaires rend les services qu'on s'en promettait; on y organise d'ailleurs aussi des séminaires "extra muros".

L'orientation des étudiants et des futurs étudiants est une préoccupation dominante: le service d'orientation a vu l'an dernier s'accroître de 80% le nombre des consultations.

L'Association des professeurs de l'Université de Lausanne, attentive autant qu'elle le peut aux nouveaux projets de loi, a consacré une séance à la formation du corps enseignant et a procédé à un échange de vues intéressant sur le statut - relativement récent et si important pour les problèmes de la relève - des enseignants (Professeurs-assistants et Maîtres-assistants) dont le mandat est limité à un nombre d'années déterminé. Dans le même ordre de préoccupations, on attend un arrêté concernant le statut des assistants diplômés et qui fixera entre autres - et consacrera ainsi - la part de temps qui leur est imparti pour leurs recherches personnelles.

Daniel Christoff

Université de Neuchâtel

Als erfreuliche Neuigkeit ist ein Informationsbulletin über die Universität erschienen, das von nun an neun mal jährlich seine wichtigen Funktionen erfüllen soll. Viel zu reden gab die Abänderung des Assistentenstatuts, die infolge einer Reduktion der Assistentenstellen notwendig geworden war. Die Anstellungsdauer für Assistenten wurde, gemäss einer Abmachung unter den welschen Universitäten, auf vier Jahre beschränkt. Grosse Sorgen bereitete die Aufstellung des Budgets für 1976/77. Die Universität muss eine Verminderung des Lehrpersonals in Kauf nehmen, obwohl die Zahl der Studenten dauernd ansteigt. Herrn Prof. R.-H. Blaser ist der Paracelsus-Preis der Stadt Villach verliehen worden.

Le semestre d'été a vu comme nouveauté la parution du bulletin "Informations Université Neuchâtel". Heureuse initiative que ce bulletin qui cherche à remplir neuf fois par an une double fonction. Aussi bien à l'extérieur qu'à l'intérieur de ses murs, l'Université aimerait se rendre plus transparente, faire mieux connaître ses multiples activités et exposer ses principaux problèmes. Le bulletin devrait également permettre aux étudiants et aux enseignants d'exposer leurs réflexions personnelles. Les échos qu'ont suscités les trois premiers numéros ont été favorables et promettent à ce bulletin un heureux avenir.

Une des questions largement discutée pendant le semestre écoulé a trait à la modification du statut des assistants. La question s'est posée à la suite de la réduction du nombre des postes, due aux problèmes financiers et à l'évolution de la façon dont la fonction d'assistant était comprise. Les modifications principales proposées concernent le mode de nomination, l'établissement d'un cahier des charges ainsi qu'une limitation de la durée du mandat à quatre ans. Ce dernier point résulte d'un accord intervenu sur le plan romand. Une nouvelle définition du mandat de chef de travaux est prévue et devrait intervenir dans le courant de l'année 76/77.

Au niveau des facultés et du rectorat, le souci majeur a été l'établissement du budget 1976/77. l'Université de Neuchâtel est probablement la seule université suisse ayant dû faire face non seulement au statu quo ante, mais encore à une réduction réelle du personnel enseignant, et cela dans une période d'augmentation constante du nombre d'étudiants. Il va de soi que cette situation demande un effort particulier à tous les niveaux, mais qu'elle ne saurait durer trop longtemps, si l'Université veut accepter à l'avenir tous les étudiants suisses et étrangers qui désirent s'immatriculer.

Sur le plan des distinctions académiques, mentionnons l'attribution du "Prix Paracelse" de la Ville de Villach à M. Robert-Henri Blaser, professeur de langue et littérature allemandes.

Klaus Bernauer

Universität St. Gallen

Le semestre d'été 1976 a vu deux changements importants: 1. La participation du corps intermédiaire et des étudiants. 2. La contribution de la ville de St.Gall au financement de l'Université s'est trouvée allégée grâce au résultat positif de la votation populaire du 13 juin. A l'occasion du Dies Academicus le recteur a salué ces changements. Il a exprimé aussi ses réserves envers la nouvelle loi sur l'aide aux universités. Le semestre d'été s'est terminé par une excursion de tous les professeurs accompagnés de leurs épouses.

Das Sommersemester 1976 wird in die Geschichte der Hochschule eingehen, weil es gleich zwei wesentliche Neuerungen brachte, nämlich das neue Statut und die Neuordnung der Trägerschaft der Hochschule.

Dank dem neuen Hochschulstatut, das aus fünfjähriger Vorarbeit hervorging und am 1. April in Kraft trat, besitzen nun

Mittelbau und Studentenschaft eine gewisse Mitbestimmung. Sie zogen mit je fünf Vertretern in den Senat ein, der zuvor aus 47 Professoren bestand. Auch in den fünf Abteilungen und im Senatsausschuss sitzen die Vertreter von Mittelbau und Studentenschaft. Hingegen wirken sie in der neuen Senatskommission für Dissertationen und Diplomarbeiten nicht mit, weil man sich mit Recht sagte, dass z.B. Studenten, welche entsprechende Arbeiten noch nicht geleistet hatten, nicht wohl über solche Studien mitbefinden können. Die von Prorektor Prof.Dr. Alfred Meier geleitete Kommission entlastet den Senat von Geschäften, die oft ziemlich viel Zeit in Anspruch nahmen, aber doch oft auch bei bedeutenden Dissertationen - wenn die Gutachten der Referenten verlesen und besprochen wurden - Einblick in die von den Kollegen betreuten Forschungsbereiche boten. Im neuen Hochschulstatut sind nun auch die Forschungskommission und die Weiterbildungsstufe mit ihrem Ehemaligen-Beirat rechtlich verankert.

Die zweite grosse Neuerung galt der Trägerschaft der Hochschule. Hatten bisher Stadt und Kanton St.Gallen die Kosten, welche nach Abzug der Bundesbeiträge und weiterer Einnahmen verblieben, zu gleichen Teilen getragen, so wünschte die Stadt St.Gallen erheblich entlastet zu werden. Eine Vorlage sollte ihr dadurch entgegenkommen, dass sie während der nächsten vier Jahre je um 5% weniger beizutragen hat, um ab 1980 nur noch einen "Standortsbeitrag" von 30% leisten zu müssen. Die Zustimmung der ja begünstigten Stadt stand ausser Frage. Hingegen war es ungewiss, ob auch die Mehrheit der Stimmenden im ganzen Kanton dessen Mehrbelastung billigte. Der Urnengang vom 13. Juni erfüllte mit 37'595 Ja gegen 35'612 Nein die Hoffnung der Hochschulfreunde. Der knappe Ausgang zeigt indessen zweierlei: einmal bedurfte es des vollen Einsatzes der Behörden und Parteien sowie der von Prorektor Prof.Dr. Alois Riklin geleiteten Arbeitsgruppe, um der namentlich von alt Rektor Prof.Dr.h.c. Walter Adolf Jöhr ausgedachten und politisch wohlüberlegten Lösung zur Annahme zu verhelfen, und zweitens muss die Hochschule künftig dafür sorgen, dass ihre Arbeit auch in den weit von der Hauptstadt entfernten Bezirken gebührend erkannt und anerkannt wird. Das wird ihr bester Dank dafür sein, dass sie nun - gleich den sieben Universitäten - eine staatliche akademische Lehr- und Forschungsanstalt des Kantons geworden ist. Und dies schwebte einst schon ihrem Gründer, dem bekannten Sozialreformer Landammann Theodor Curti, vor.

Es versteht sich, dass Rektor Prof.Dr. Hans Siegwart in seiner bedeutenden Ansprache am Hochschultag vom 26. Juni namentlich die beiden jüngsten Neuordnungen würdigte. Dann verschwieg er auch die Bedenken nicht, die sich im Vorfeld des neuen Hochschulförderungsgesetzes ergeben. Wie bewältigen die Hochschulen angesichts der geburtenstarken Jahrgänge, die sich zur Zeit im Volksschulalter befinden, die Raumnot ab etwa 1985 ohne den leidigen numerus clausus?

Statt kostspieliger Neubauten sollte man die bestehenden Räume, z.B. durch Verlängerung des Arbeitstages und Kürzung der Semesterferien besser ausnützen, was freilich mehr Lehrkräfte bedingt. Kommen ohne beachtlich erhöhte Grundbeiträge des Bundes die kleineren Hochschulen gegenüber den grossen in Forschung und Lehre nicht zu kurz? Das wäre doch regional und bildungspolitisch kaum zu verantworten. Und haben die Hochschulen insgesamt im akademischen Bildungswesen künftig - neben Bund und Kantonen - wirklich den Rang und das Recht, welche ihrem Auftrag und ihrer Erfahrung entsprechen? Der Hochschultag sah wie schon mehrmals keine Ehrenpromotion, wohl aber die Verleihung mehrerer Preise für ausgezeichnete Leistungen von Absolventen.

Den frohen Ausklang des Semesters leitete wie jedes Jahr ein Ausflug aller Dozenten mit ihren Damen ein. Er führte anfangs Juli in die Bündner Herrschaft und nach Bad Ragaz und zeigte wieder das beste Einvernehmen innerhalb der grossen, aber doch noch überblickbaren Hochschulfamilie.

Georg Thürer

Eidgenössische Technische Hochschule Zürich

Cérémonie de remise des diplômes de docteur; règlement conc. l'admission des ing.-tech.dipl. ETS; règlement des examens de diplôme; règlement de postformation; réorganisation de la section des cours libres; section des sciences naturelles: plans d'études géographiques et d'études orientées à un projet; création d'un institut de construction de bâtiments; planification au sein du Conseil des écoles et de l'EPFZ; nouveau recteur 1977/79; les sections d'architecture, de génie civil et de génie rural sur le Hönggerberg; nouvelle mensa au centre.

An der Promotionsfeier (18.6.76) betrachtete Prof.Dr.A.Pozzi (Bauplanung und Baubetrieb) "das Doktorat im Rahmen der Hauptaufgaben der ETH". - Der Schulrat erliess ein "Reglement für die Aufnahme von HTL-Absolventen an die ETH". - Nach einem Beschluss des Schulrats (SR) können künftig die Kandidaten aller Fachabteilungen (ausser die Pharmazeuten) im Schlussdiplom ein Fach aus dem Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften als Prüfungsfach wählen. Die Fachabteilungen können den Notendurchschnitt als Bedingung für nur teilweise Wiederholung der Schlussdiplomprüfung tiefer als 5 ansetzen (SR). - Die Abteilungsvorstände haben die Einführung von Prädikaten zu den Doktordiplomen einstimmig abgelehnt. - Der Schulrat regelte in einem "Reglement über die Weiterbildung an der ETH" Nachdiplomstudien und Fortbildungskurse. - Die mathematisch-naturwissenschaftlich-

technische Unter-Abteilung der allgemeinen Abteilung für Freifächer wurde aufgehoben und die philosophische und staatswissenschaftliche Unterabteilung umbenannt in Abteilung für Geistes- und Sozialwissenschaften (SR). An der Abteilung für Naturwissenschaften wurde ein Normalstudienplan für die Teilrichtung Geographie und ein Spezialstudienplan für projektorientierte Studien erlassen (SR). - Der Schulrat errichtete neu ein Institut für Hochbautechnik. Er änderte den Namen "Physikalisches Institut" in "Physik-Departement" und erliess für dieses ein Regulativ. - Im Auftrag des Schulrats soll der Präsidialausschuss prüfen, wie das Gleichgewicht zwischen EPF und ETH verbessert werden kann. Der Schulrat gedenkt, die technische Biologie an der ETH zu fördern. - Der ETH-Präsident erliess ein "Reglement über die Planungsorganisation der ETH" und bestellte eine Planungskommission und eine Informationskonferenz. Vorsitzender der Planungskommission und Delegierter des Präsidenten für Planung ist Prof.Dr.F.Widmer (Verfahrenstechnik). - Der ETH-Präsident erliess auch ein "Raumbenützungsreglement". - Die Professoren wählten zum Rektor für 1977/79 Prof. Hans Grob (Strassen-, Untertag- und Eisenbahnbau). - Die Reformkommission wählte zu ihrem neuen Präsidenten Prof. Heinrich Baggenstos (Elektrotechnik). - Auf das Sommersemester konnte der Unterricht für Architekten, Bauingenieure sowie Kultur- und Vermessungsingenieure im neuen Lehrgebäude auf dem Hönggerberg aufgenommen werden. - Im August wurde die neue Mensa in der Polyterrasse eröffnet. - Das Amt an der ETH haben neu angetreten die Professoren Hans Melchior (a.o., Elektrotechnik), Dr. Roland Ris (o., deutsche Sprache und Literatur), Dr. Valentin Telegdi (o., Physik) und Dr. Hans Georg Weder (Ass., pharmazeutische Chemie).

Roman Bach

Universität Zürich

Le gros oeuvre de l'Université Zürich-Irchel est achevé. Demandes de crédits pour l'infrastructure des nouvelles constructions et pour le déménagement du Musée d'ethnographie de l'Université. Révision du règlement des étudiants et auditeurs de l'Université de Zürich. Nouveau règlement d'examen pour les étudiants en droit. Refus par le peuple des bourses pour les étudiants réfugiés. La Commission universitaire donne un avertissement à deux revues estudiantines.

Am 1. Juli 1976 hat die Aufrichtefeier für den vollendeten Rohbau der Universität Zürich-Irchel stattgefunden. Diese erste Bauetappe, für die der Kanton 153, der Bund 101 Mio Franken aufwendet, soll 1978 bezugsbereit sein und rund 2000 Personen aufnehmen. Für die Erstellung der Infrastrukturanlagen des neuen Gebäudes beantragte der Regierungsrat dem Kantonsrat überdies einen Kredit von 29,4 Mio Franken, ferner einen Bruttokredit von 8,875 Mio Franken für den Umbau des durch die Verlegung des Botanischen Gartens an die Zollikerstrasse freigewordenen Areals Zur Katz mit seinen Gebäuden. In der umgestalteten Anlage soll das Völkerkundemuseum der Universität Aufnahme finden.

Im Namen des Senates hat der Senatsausschuss der Erziehungsdirektion einen Entwurf für die Revision des "Reglementes für Studierende und Auditoren der Universität Zürich" eingereicht. Der Entwurf setzt die normale Höchststudiendauer der einzelnen Fakultäten fest und enthält Bestimmungen, nach denen der Senatsausschuss ermächtigt werden soll, Richtlinien zur Studienberatung und Studienzeitregelung zu erlassen.

Auf Beginn des Sommersemesters 1976 ist für die Juristische Abteilung der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät eine neue Promotionsordnung in Kraft getreten. Sie verzichtet auf das Lateinobligatorium und verlangt die Ablegung einer Zwischenprüfung frühestens nach dem 3. Semester. Dadurch wird eine bereits an andern schweizerischen Universitäten verwirklichte bessere Strukturierung des Studiums erreicht und eine solidere Kenntnisgrundlage für den Unterricht in den höheren Semestern geschaffen. Im Katalog der Fächer der Zwischenprüfung figuriert auch ein ökonomisches Fach. In der Lizentiatsprüfung kann der Kandidat innerhalb eines weiten Spektrums von Wahlmöglichkeiten zwei Prüfungsfächer auswählen.

Grosse Enttäuschung bereitete die Abstimmung vom 13. Juni 1976, in der das Zürcher Volk die Vorlage, den Flüchtlingsstudenten eine jährliche Stipendienhilfe in der Höhe von 1,7 Mio Franken zu gewähren, mit 161'215 Nein gegen 102'137 Ja verwarf. Professoren und Studenten hatten sich an der Propaganda- und Aufklärungsaktion zugunsten der Vorlage beteiligt, konnten aber gegen die unsachlichen, teils unwahren Argumente der Gegner wenig ausrichten. Betroffen von dem negativen Entscheid werden etwa 300 Mittel- und Hochschüler, deren Weiterstudium nun in Frage gestellt ist. Die Studentenschaft hat zwar in einer Urabstimmung - bei einer Stimmbeteiligung von 12,3 % - mit grossem Mehr beschlossen, mit einem obligatorischen Semesterbeitrag von Fr. 5.- pro Student einen Solidaritätsbeitrag für die Flüchtlingsstudenten zu leisten, doch wird man ohne zusätzliche private Mittel das Hilfswerk nicht fortsetzen können.

Die Auseinandersetzungen um die beiden Studentenzeitungen "das konzept" und "zürcher student" haben vorläufig ihren

Abschluss gefunden. Die Hochschulkommission stellte fest, dass sich die Redaktion des "konzept" nicht an die Statuten des Herausgebervereins gehalten und mehrheitlich Artikel veröffentlicht hatte, die ausserhalb der studentischen und universitären Belange lagen. Das war rechtswidrig, weil die dem Blatt zufließenden Gelder aus den Zwangsbeiträgen der Studierenden nur für studentische Anliegen verwendet werden dürfen. Der "zürcher student" hatte in einer Sondernummer zur Urabstimmung über die weitere Mitfinanzierung der Zeitung "das konzept" keinen Artikel der Gegner dieser Vorlage veröffentlicht, obwohl er ebenfalls in hohem Masse von den Zwangsbeiträgen der Studierenden lebt. Die Hochschulkommission musste daher den Redaktionen der beiden Zeitungen androhen, die weitere Verwendung studentischer Mittel zu untersagen, falls sie sich erneut ein rechtswidriges Vorgehen zuschulden kommen liessen. Es war zu erwarten gewesen, dass der Kleine Studentenrat (Exekutive) der Hochschulkommission vorwarf, einen "Willkürentscheid" getroffen zu haben.

Otto Woodtli

Sekretariat: Sophienstrasse 2, 8032 Zürich
Redaktion: Zeltweg 10, 8032 Zürich